

Aus Bund und Ländern

## IPPNW-Kongreß zum Thema Medizin und Gewissen

BERLIN. Unter dem Titel „Medizin und Gewissen – 50 Jahre nach dem Nürnberger Ärzteprozeß“ veranstaltet die Deutsche Ärztesektion der International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) im Herbst einen internationalen Kongreß. Er wird vom 25. bis 27. Oktober 1996 in Nürnberg stattfinden.

Zum Inhalt schreibt Prof. Dr. med. Dr. Horst Eberhard Richter, Vorstandsmitglied der deutschen IPPNW-Sektion, im Programm: „Der Kongreß will erstens an jene schon halbvergessenen ungeheuerlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit erinnern, deren sich im Bunde mit der politischen Führung deutsche Ärzte schuldig gemacht haben, speziell an ihre gewissenlosen Menschenversuche und an den Massenmord an psychisch Kranken und Behinderten. Der Kongreß will zweitens aber auch die Mißachtung der ärztlichen Ethik als eine fortdauernde Gefahr bewußt machen...“

Anmeldungen und Zimmerbestellungen nimmt das Kongreßbüro Berlin der IPPNW-Geschäftsstelle entgegen: Körtestraße 10, 10967 Berlin, Tel 0 30/6 93 02 44, Fax 6 93 81 66. EB

## 3,9 Millionen DM für Therapie bei Hirnschädigungen

MAGDEBURG. 3,9 Millionen DM aus Bundesmitteln erhalten Ärzte der Universitäten Magdeburg und Berlin für ihre Forschungen auf dem Gebiet der Hirnschädigungen. Das hat der Koordinator des Projektes, Prof. Dr. Bernhard Sabel, Universität Magdeburg, mitgeteilt. Ziel des gemeinsamen Projekts sei es, langfristig neue Therapien und Rehabilitati-

onsmöglichkeiten für die Behandlung von Hirnschädigungen zu entwickeln. Die Wissenschaftler wollen außerdem die Wirkung von Peptiden auf das Zentralnervensystem untersuchen sowie neue Möglichkeiten der Reaktivierung von Seh- und Hörfunktionen nach Hirnschädigungen entwickeln. Das Projekt wird bis 1998 vom Bund gefördert. pid

## Rehabilitation: Einschnitte beklagt

BONN. Die beabsichtigten Einschränkungen und Belastungen der Patienten insbesondere bei der Inanspruchnahme stationärer Maßnahmen zur Rehabilitation hat der Bundesverband Deutscher Privatkrankeanstalten e.V. (BDPK) beklagt. Nach dem Bonner Sparkonzept sollen rund 30 Prozent der derzeitigen Ausgaben der Kranken- und Rentenversicherung für die medizinische Rehabilitation bereits 1997 eingespart werden. Damit werde die medizinisch notwendige Versorgung vor allem chronisch Kranker, Behinderter und Arbeitsloser gefährdet, so der BDPK.

Nach einem Bonner Konsenspapier werden durch verschiedene Maßnahmen allein bei der Rentenversicherung für das Jahr 1997 Einsparungen in Höhe von 1,7 Milliarden DM prognostiziert. Dies entspräche 25 Prozent ihrer Gesamtausgaben für die stationäre Rehabilitation. Durch die Erhöhung der Zuzahlungen werden Mehreinnahmen in Höhe von 200 bis 300 Millionen DM je Jahr erwartet. Statt globaler Kürzungen hat der Bundesverband der Privatkrankeanstalten die Politik aufgefordert, den Kurlaub einzuschränken.

Kontraindiziert sei die Absicht, die Pflegesätze der Reha-Einrichtungen strikt an die Grundlohnsummenentwicklung zu koppeln. Verfassungsrechtlich bedenklich sei es, pro Woche der stationären Rehabilitation zwei Tage auf

den Jahresurlaub des Rehabilitanden anzurechnen. Weitere vom BDPK kritisierte Maßnahmen: die Verkürzung der Reha-Dauer von vier auf

drei Wochen und die Verlängerung des Wiederholungszeitraums für die Maßnahmen von bisher drei auf künftig vier Jahre. HC

Ausland

## USA: Entschädigung für HIV-infizierte Bluter

LEVERKUSEN. Zusammen mit drei weiteren Pharma-Firmen hat die amerikanische Tochter der Bayer AG, Bayer Corporation, Blutern, die durch verseuchte Blutpräparate mit dem HI-Virus infiziert worden waren, 640 Millionen Dollar Entschädigung angeboten. Mit diesem Vergleichsvorschlag will die amerikanische Bayer-Tochter nun die bereits über Jahre andauernden Prozesse beenden und zu einer schnellen Hilfe für die Betroffenen beitragen.

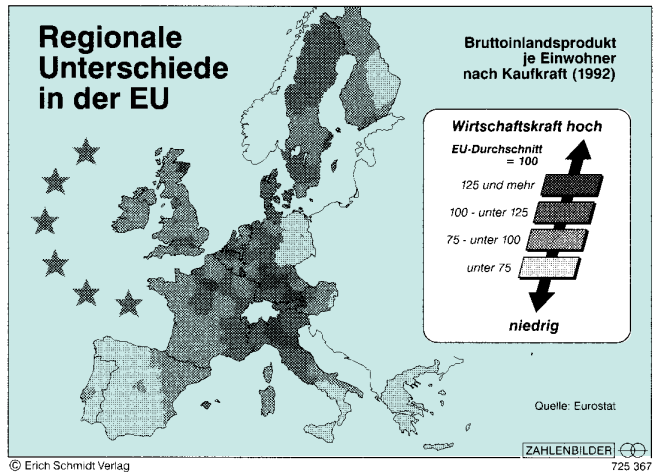
Anfang der 80er Jahre waren weltweit Bluter durch verseuchte Blutgerinnungspräparate mit dem HI-Virus infiziert worden. In den USA haben sich rund 10 000 be-

troffene Bluter in einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen. WZ

## EU: Übertragbare Krankheiten sollen überwacht werden

BRÜSSEL. Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, innerhalb der Europäischen Union ein Netz für die epidemiologische Überwachung übertragbarer Krankheiten einzurichten. Damit sollen die Prävention und die Kontrolle dieser Krankheiten verbessert werden. Das geht aus einem Bericht des Brüsseler Büros der deutschen Ärzteschaft hervor.

Das Netzwerk soll die enge Zusammenarbeit der einzelnen Mitgliedstaaten ermöglichen. Welche Krankheiten überwacht werden sollen, wird festgelegt. EB



Seit ihren Anfängen gehört es zu den Zielen der Europäischen Gemeinschaft, das Wohlstandsgefälle zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten allmählich abzubauen. Bislang hat sich jedoch der Abstand zwischen „armen“ und „reichen“ Regionen kaum verringert. So leben rund 15 Prozent der EU-Bevölkerung in Regionen, deren Pro-Kopf-Einkommen um mehr als ein Viertel hinter dem EU-Durchschnitt zurückbleibt. Dabei handelt es sich um Gebiete im Süden und Südwesten Europas, die zum Teil noch stark landwirtschaftlich geprägt sind, um die ostdeutsche Region (mit Ausnahme Berlins) und um die östlichen Grenzgebiete in Finnland und Österreich. Die höchste Wirtschaftsleistung wird in zentral gelegenen Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte und einem hohen Anteil an modernen Dienstleistungen und dynamischen Industrien erzielt. □